

Erst das Vaterland, dann Europa

Ideologische Traditionslinien und aktuelle Politikentwürfe der »neuen« Rechten in Polen

Stefan Garsztecki

Einführung

Die sogenannte »neue« Rechte hat in allen Ländern der westlichen Welt erhebliche Probleme mit der Abgabe von Kompetenzen des Nationalstaates an eine supranationale Institution. Der Nationalstaat wird als wichtigste Grundlage nationaler Politik verstanden. Hier, und nicht etwa in Brüssel, sollen Entscheidungen fallen. Die thematische Palette dieser grundsätzlichen Kritik ist dabei recht breit und reicht von historischen Themen, über den Kampf gegen die Globalisierung und damit verknüpften Aspekten wie Migration und neoliberaler Wirtschaftspolitik bis hin zu Patriotismus und Geschichtspolitik, Kampf gegen eine als links verstandene Identitätspolitik und die Ablehnung der repräsentativen Demokratie. Sie wird oft als Verkörperung der ökonomischen und normativen Machtinteressen der Eliten aufgefasst, das heißt die »neue« Rechte hat auch einen anti-elitären Anspruch.

Armin Pfahl-Traugber definiert in einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 2019 die »neue« Rechte wie folgt:

»Neue Rechte« steht für eine Intellektuellengruppe, die sich hauptsächlich auf das Gedankengut der Konservativen Revolution der Weimarer Republik stützt, eher ein Netzwerk ohne feste Organisationsstrukturen darstellt und mit einer ›Kulturrevolution von rechts‹ einen grundlegenden politischen Wandel vorantreiben will.« (Pfahl-Traugber 2019).

Damit bleibt jedoch die Frage danach, ob wir es mit Rechtspopulismus, mit Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus zu tun haben, noch ungeklärt. Susanne Rippl und Christian Seipel fassen Populismus eher als Mobilisierungsstrategie auf, der sich je nach Inhalten als Linkspopulismus (inhaltlich: soziales Wir) oder Rechtspopulismus (inhaltlich: völkisches Wir) ausdrückt und gegen die Machteliten des Staates gerichtet ist (Rippl/Seipel 2022: 12). Links- und Rechtsradikalismus sind dem-

nach noch auf dem Boden der Verfassung, Links- und Rechtsextremismus bereits jenseits dieser Grenze (ebd.: 16). Diese Frage ist auch im internationalen Kontext hoch aktuell, wenngleich die Bezeichnungen und Charakterisierungen wechseln. In Ungarn haben wir es seit 2010 mit der von der Partei Fidesz geführten Regierung unter dem Ministerpräsidenten Viktor Orbán und in Polen seit 2015 mit der von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS = Prawo i Sprawiedliwość) unter Mateusz Morawiecki geführten Regierung – mit dem PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński als Vizepremier und starkem Mann im Lande im Hintergrund – mit Politikansätzen zu tun, die in internationalen Demokratieindizes als autoritär respektive im Fall Ungarns gar als hybrid (»partly free«) bezeichnet werden (Repucci/Slipowitz 2022: 16). Die von Rippl und Seipel skizzierte Definition von Populismus trifft hier unter Umständen also auf Regierungsparteien zu. Darüber hinaus scheint mir im Falle Polens und Ungarns die Trennlinie zwischen dem »sozialen Wir« und dem »völkischen Wir« nicht mehr möglich. Beide Parteien, PiS wie Fidesz, betonen den sozialen Aspekt ihrer Politik, der nach ihrer Auffassung gegen einen ökonomischen Neoliberalismus gerichtet ist, und zugleich beziehen sie sich auf die nationale Gemeinschaft. Ob dies gleichzusetzen ist mit einem »völkischen Wir«, eine Zuschreibung, die im deutschen Kontext doch eindeutig negativ ist, bleibt im Falle Polens und Ungarns zu untersuchen. Schließlich ist auch zu fragen, ob es sich im Fall des polnischen und ungarischen Populismus lediglich um einen Politikstil handelt oder ob jenseits von Stilfragen auch inhaltliche Dinge auszumachen sind, die Elemente eines semiautoritären *Governance*-Modells erkennen lassen. Ungeachtet der anhaltenden Probleme, ein einheitliches Verständnis von Populismus zu definieren, scheint die Auffassung von Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser doch konsensfähig zu sein, wonach wir es im Fall von Populismus mit einer »dünnen Ideologie« zu tun haben, die dem »reinen« Volk die korrupten Eliten gegenüberstellt und damit den *volonté générale* der Menschen auszudrücken trachtet. Institutioneller und politischer Rahmen ist dabei die liberale (repräsentative) Demokratie, der eben eine Reihe von negativen Eigenschaften zugeschrieben werden, die es vermeintlich zu überwinden gilt (Mudde/Kaltwasser 2017: 1, 6).

Um diesen Fragen im internationalen Kontext nachzugehen, wird im Folgenden das polnische Beispiel in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt. Leitend werden dabei einerseits Fragen nach dem politischen Stil sein, das heißt die Frage, ob letztlich lediglich Sprache und Stil für das Auftreten der »neuen« Rechten in Polen maßgeblich sind oder ob es andererseits darüber hinaus auch Inhalte gibt, die mit der repräsentativen westlichen Demokratie überkreuz liegen. Im Fokus der Analyse werden Gruppierungen und Parteien der »neuen« Rechten in Polen stehen, wobei die Frage, ob sie so etikettiert werden sollen, noch offen ist. Es gilt also Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ebenso auszuloten wie auch die Frage zu beantworten, ob überhaupt von einer »neuen« Rechten gesprochen werden kann.

Um diesen unterschiedlichen Aspekten nachzugehen, werde ich mich zunächst mit dem Begriff der »neuen« Rechten kurz auseinandersetzen, um im weiteren Verlauf der Analyse zu klären, ob der Begriff auch auf Polen übertragbar ist (I.). Für das Selbstverständnis der »neuen« Rechten ist die Anknüpfung an eigene Traditionen wesentlich, da sie in der vermeintlichen Verteidigung der Nation als Ressource gegen liberale Strömungen ins Feld geführt werden. Es gilt daher in einem zweiten Schritt diese politischen Traditionen rechter Gruppierungen und Parteien in Polen zu skizzieren, Traditionen, die sich im Wesentlichen auf die polnische Nationalbewegung sowie damit verbundene Parteien vom Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts und die Zwischenkriegszeit beziehen (II.). Daran anschließend werde ich aktuelle Gruppierungen der polnischen Rechten in programmatischen Grundrissen erläutern, wobei ich auch versuchen werde, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Regierungspartei PiS aufzuzeigen. Im Mittelpunkt werden dabei Themen wie Patriotismus, Europa, Demokratie und Umgang mit der Geschichte stehen (III.). Zentraler Kristallisationspunkt der »neuen« Rechten ist in den letzten Jahren der Unabhängigkeitsmarsch gewesen, der seit mehr als zehn Jahren am 11. November, dem polnischen Nationalfeiertag, von diesen feierlich begangen und veranstaltet wird und an dem sich die Veränderung des Diskurses in Polen gut aufzeigen lässt (IV.) Abschließend werde ich kurz erörtern, ob wir es im Fall von Polen bei den genannten Parteien mit einer Art von »neuer« Rechten zu tun haben, was insbesondere bezüglich der aktuellen Regierungspartei PiS nicht einfach zu beantworten ist (V.).

1 »Neue« Rechte

Der Begriff der »neuen« Rechten ist nicht neu, hat aber in den letzten Jahren mit dem Wahlerfolg der Alternative für Deutschland (AfD) sowie der Zunahme der Flüchtlingszahlen in Deutschland insbesondere seit 2015 eine Renaissance erlebt, da er als Bezeichnung für gesellschaftliche Tendenzen als ein Sammelbegriff geeignet scheint, vielfältige Formen der Kritik an Politiken und gesellschaftlichen Phänomenen wie Zuwanderung oder Identitätspolitik, an politischen Institutionen der Demokratie und hier insbesondere an etablierten Parteien und dem Parlamentarismus ganz allgemein sowie an internationalen und transnationalen Entwicklungen wie aktuell dem Ukraine-Krieg und dem europäischen Integrationsprozess unter einem Begriff zusammenzuführen.

Dabei schwappten der Begriff und auch manche Ideen als *Nouvelle Droite* in den siebziger Jahren aus Frankreich nach Deutschland hinüber. Die französischen Vertreter dieser Strömung wie Alain de Benoist knüpften ihrerseits an die Konservative Revolution an, eine Strömung des deutschen Konservatismus der Zwischenkriegszeit, der nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg eine neue Volksgemeinschaft be-

gründen wollte.¹ Diese in Deutschland vor allem von Arthur Moeller van den Bruck vertretene Tradition politischen Denkens, der auch Autoren wie der Philosoph Oswald Spengler oder der Jurist Carl Schmitt zugerechnet werden, war nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland kaum noch vertreten, sodass der Anstoß aus Frankreich und der Versuch, mit der Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne = GRECE) auch eine neue Ideologie zu begründen, in Deutschland rasch Widerhall fand (Pfahl-Traughber 1998: 38–39; 129–131; Geoffroy Daubuis 2007).

Auch in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Folge seit den siebziger Jahren ein ganzes Netzwerk von Zeitschriften, Verlagen, Gesprächskreisen und Institutionen entstanden, die sich auch nach der Vereinigung Deutschlands darum bemühen, Themen und Weltansichten der »neuen« Rechten salonfähig zu machen, die öffentlichen Diskurse zu verschieben und sich dabei vom offenen Rechtsextremismus abzugrenzen. Zu nennen wäre insbesondere das im Jahr 2000 von Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek gegründete Institut für Staatspolitik (IfS), das seit einigen Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet wird (Fuchs/Middelhoff 2019: 25–27). Auch hier war und ist der Begriff der Konservativen Revolution zentral, da es nicht zuletzt die Dissertation von Armin Mohler aus dem Jahr 1949 über »Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932« war, die die Brücke von der Zwischenkriegszeit in die Nachkriegszeit schlug (Pfahl-Traughber 1998: 164). Ob die seit jeher bei den Vertretern der »neuen« Rechten postulierte Abgrenzung von offen rechtsextrem agierenden Gruppierungen wie Neonazis oder Kameradschaften aber tatsächlich erfolgreich ist und auch gewollt, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden, wie nicht zuletzt die Einstufung der AfD durch den sächsischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch belegt.

Die von der »neuen« Rechten vertretenen Themen drehen sich dabei um einen historisch aufgeladenen Identitätsbegriff mit einer fast primordial anmutenden Auffassung von Nation, um die Ablehnung des politischen, gesellschaftlichen und zum Teil auch ökonomischen Liberalismus, um Migration und damit verbundene Fragen nach dem religiösen Erbe Europas, um Kultur und einen dezidiert konservativen Wertekanon mit Familie und Nation als Kernelementen und ganz allgemein um unterschiedliche gesellschaftliche Fragen (vgl. Hufer 2018).

Schon die erwähnten Verbindungen zwischen der *Nouvelle Droite* in Frankreich und der »neuen« Rechten in Deutschland verdeutlichen, dass wir es mit einem internationalen Phänomen zu tun haben. Rechtspopulistische Parteien mit Überschneidungen zu rechtsextremen Gruppierungen wie das *Rassemblement National* in Frankreich um ihre Vorsitzende Marine Le Pen, die AfD in Deutschland, die *Fratelli d'Italia*

1 Zur Gewährleistung der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text durchweg das generische Maskulinum verwendet, womit jedoch alle Geschlechtsidentifikationen bezeichnet sein sollen.

mit der aktuellen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni zeigen in etablierten europäischen Demokratien, dass die »neue« Rechte schon lange kein marginales Problem mehr ist. Auch in Ostmitteleuropa regieren mit Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen und mit Fidesz in Ungarn zwei nationalkonservative Parteien, die für autoritäre Tendenzen stehen und sich dezidiert gegen den westlichen Liberalismus postulieren. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sieht Ungarn gar als illiberale Demokratie und versteht das durchaus positiv. Ob dies im polnischen Fall Rechtspopulismus oder schon klar anti-demokratische Merkmale einer »neuen« Rechten sind, wird noch zu klären sein.

Was diese unterschiedlichen Regierungen und Strömungen eint, sind die oben erwähnten Themen, aber auch ein Politikstil, der in der Sprache, in parlamentarischen Verfahren und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung auf Konfrontation und Polarisierung setzt. Demokratie als Kunst des Kompromisses wird uminterpretiert in einen Kampf um Deutungshoheit gegen die vermeintlich dominanten linksliberalen Kultureliten.

Während aber die Forschung über die *Nouvelle Droite* in Frankreich, über die »neue« Rechte in Deutschland oder über andere Vertreter der »neuen« Rechten in Westeuropa recht breit und aktuell ist, sind Studien zu den »neuen« Rechten in Ostmitteleuropa dünn gesät. Zwar werden die Entwicklungen in Polen unter den Regierungen von PiS oder in Ungarn unter Fidesz in demokratischen Indizes seit Jahren kritisch beleuchtet, aber eine Einordnung in das europaweit auftretende Phänomen der »neuen« Rechten unterbleibt, da die historischen Diskurstraditionen beispielsweise Polens oder Ungarns in Westeuropa kaum vertraut sind.

In den folgenden Abschnitten soll es daher einerseits um eine Charakterisierung der Traditionen und Vertreter der »neuen« Rechten in Polen gehen, andererseits aber auch um eine Einordnung, ob diese Charakterisierung für den polnischen Fall angemessen ist. Dabei kann es sich nur um eine erste Annäherung an diese Fragestellung handeln, da gerade die ideengeschichtliche Herleitung der aktuellen Vertreter der »neuen« Rechten einer umfangreicheren Studie bedarf.

2 Traditionen der »neuen« Rechten in Polen

Der im Frühjahr 1989 in Polen zwischen der Solidarność-Opposition und den regierenden Kommunisten ausgehandelte Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft wurde und wird von einer dritten, oft vergessenen Transformation begleitet, und zwar der Neuerfindung der Nation. Die Rückgewinnung der nationalen Souveränität ermöglichte den offenen, gesellschaftlichen Diskurs über die polnische Geschichte, über politische Traditionen, über die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Neuanlage der nationalen Erzählung. Viele politische Traditionen, die in der Volksrepublik Polen nicht gepflegt werden konnten, wurden nun wieder aufge-

griffen und Referenzpunkte waren vor allem die politischen Traditionen der Zwischenkriegszeit, das heißt der Zweiten Polnischen Republik, und der Teilungszeit.

Im Mittelpunkt des politischen Denkens standen in jener Zeit die Gewinnung der Unabhängigkeit und die Regelung der Grenzen des Staates, der Umgang mit den Minderheiten und der innere Staatsaufbau. Während der Kampf um die Grenzen mit dem Vertrag von Riga im März 1921 zwischen Polen, Sowjetrussland und der Sowjetukraine beendet werden konnte (Hoensch 1990: 256–257), blieben die Minderheitenfragen und der innere Staatsaufbau letztlich bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges umstritten.

In der Minderheitenfrage standen sich dabei zwei Konzeptionen gegenüber. Auf der einen Seite vertrat das Lager der Nationaldemokratie (Narodowa Demokracja oder auch *Endecja* nach den Anfangsbuchstaben), seit Februar 1919 als Zusammenschluss verschiedener Strömungen unter der Bezeichnung Nationaler Volksverband (ZLN = *Związek Ludowo-Narodowy*) einen rigiden Kurs gegenüber den Minderheiten und forderte deren Assimilierung oder wie im Fall der deutschen und der jüdischen Minderheit deren Auswanderung. Ziel war ein starker und homogener polnischer Nationalstaat. Insbesondere bei Roman Dmowski, der zentralen Persönlichkeit der Nationaldemokratie, wenngleich er dem ZLN formal nicht beitrug, tritt der Antisemitismus bereits Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zutage und die bei den Friedensverhandlungen in Paris 1919 ausgehandelten Minderheitenschutzbestimmungen entsprachen keineswegs den Erwartungen Dmowskis, der die polnische Delegation in Paris angeführt hatte (Wapiński 1997: 188–190). Bei Dmowski wurden dem nationalen Interesse alle anderen Fragen untergeordnet und sein 1903 erschienenes Buch *»Mysli nowoczesnego Polaka«* (Gedanken eines modernen Polen) wurde zu einer Art von Bibel der äußersten Rechten bis auf den heutigen Tag.

Auf der anderen Seite vertrat die Polnische Sozialistische Partei (PPS = *Polska Partia Socjalistyczna*) um Marschall Józef Piłsudski, den Anführer der Polnischen Legionen im Ersten Weltkrieg und Staatsgründer der Zweiten Polnischen Republik, die Auffassung, dass alle Bürger im polnischen Staat auch gleiche Bürgerrechte unabhängig von Herkunft, Glaube oder Nationalität haben sollten. Piłsudskis Vorstellungen von einem föderalen Polen, in dem Polen, Ukrainer und Litauer – die Belarussen spielten für ihn keine Rolle – die alte Staatlichkeit der Ersten Republik vor den Teilungen wieder aufleben lassen würden, standen den Ideen Dmowskis von einem ethnisch homogenen polnischen Nationalstaat diametral entgegen. In der Realität scheiterten die Ziele Piłsudskis allerdings an eigenen nationalen Aspirationen der Nachbarn im Osten (Wapiński 1997: 190–191).

Auch hinsichtlich der Staatskonzeptionen waren die Unterschiede zwischen den großen politischen Parteien deutlich. Die PPS vertrat das Ziel einer parlamentarischen Demokratie, wollte aber auch mit Blick auf die Arbeiter stärker partizipative Elemente entwickeln. Die anderen Parteien, darunter die ZLN um Dmowski, verfolgten das französische Staatsmodell, das heißt eine starke, demokratisch fundier-

te Republik. Allerdings sollte sich der Staat nicht zu stark in die Belange der Wirtschaft einmischen (Wapiński 1997: 199–201).

Mit dem Staatsstreich von Piłsudski im Mai 1926 wurden alle diese Konzeptionen hinfällig. Zunächst gingen PPS wie ZLN davon aus, dass das parlamentarische System nicht grundlegend geändert werden würde, da Piłsudski in seiner Begründung für sein Vorgehen ja selbst von Sanierung (Sanacja) gesprochen hatte. Bei dem ihn tragenden Sanacja-Lager stand vor allem das Interesse des Staates im Vordergrund und dies glaubte man am ehesten durch einen stärker autoritären Staat zu erreichen. Die ZLN respektive die Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe = SN), wie sie sich ab 1928 nannte, setzte auf eine Kontinuität der repräsentativen Verfassung und auch die PPS geriet letztlich in Opposition zum Sanacja-Lager um Piłsudski in dem Maße, wie dieses autoritärer wurde. Die auf Piłsudski zugeschnittene neue Präsidialverfassung vom April 1935 trug daher deutlich autoritäre Züge, aber Piłsudski selbst konnte durch seinen frühen Tod im Mai 1935 seine Vorstellungen nicht mehr realisieren (Wapiński 1997: 207–208).

Die innenpolitischen Veränderungen und die Weltwirtschaftskrise von 1929 führten bei Teilen des nationaldemokratischen Lagers aber zu einer weiteren Radikalisierung. Die Jugendorganisation des Großpolnischen Lagers (OWP = Obóz Wielkiej Polski), eines von Dmowski im Dezember 1926 als Reaktion auf den Staatsstreich von Piłsudski gegründeten Zusammenschlusses von ZLN und anderen rechten Gruppierungen, schlug in einem Programmdokument von 1932 vor, Juden das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen. Die Ideologie eines integralen Nationalismus gewann hier die Oberhand (Wapiński 1997: 212) und insbesondere das faschistische Italien war Bezugspunkt für die akademische Jugend des OWP (Rudnicki 1985: 55).

Auch die Allpolnische Jugend, ein 1922 gegründeter Studentenverband (Związek Akademicki Młodzież Wszechpolska), radikalisierte sich Anfang der 30er Jahre. Die Warschauer Abteilung dieses Verbandes gründete im April 1934 das National-Radikale Lager (ONR = Obóz Narodowo-Radykalny), das sich wiederum in zwei Flügel aufspaltete: in die ONR-ABC, einen gemäßigeren Flügel, der sehr katholisch war und den Ausgleich mit dem Lager der Sanacja suchte, und in die ONR-Falanga um Bolesław Piasecki, eine extrem radikale Gruppierung, die unter anderem auch Attentate auf Mai-Demonstrationen des jüdischen Arbeiterbundes ausführte. Ziel war ein totalitärer Staat (Majrochowski 1976: 59–62).

3 Aktuelle Gruppierungen der polnischen Neuen Rechten

Nach der politischen Wende 1989 erfolgte in Polen wie auch in vielen anderen Ländern Ostmittel- und Osteuropas bei der politischen Rechten ein Wiederanknüpfen an politische Traditionen der Zwischenkriegszeit. Monarchisten, Konservative un-

terschiedlicher Couleur und Neofaschisten tauchten zum Teil im neuen Gewand, zum Teil in alten Kleidern wieder auf. Die sozioökonomischen Verwerfungen der Transformation, die ideelle Leere des ökonomischen Neoliberalismus mit seinem programmatischen *enrich yourself*, die aus der Globalisierung resultierenden Herausforderungen wie Migration, wachsende Prekarisierung und zunehmende gesellschaftliche Diskrepanzen sowie schließlich die Wahrnehmung westlicher Identitätspolitik als westlichen Kulturimperialismus – und nicht als Ausdruck eines kontrovers geführten Diskurses um gesellschaftliche Anerkennung – ließen Gruppierungen, die auf Gemeinschaft setzen und einfache schwarz-weiß Bilder produzieren, attraktiv erscheinen. Die Auswirkungen der dritten Transformation, des *Nation-building*, boten zudem Themen an, die wie maßgeschneidert für rechte Gruppierungen mit ihrem Akzent auf der Nation zu sein scheinen. Während die Gegnerschaft zur Globalisierung linke und rechte Populisten und Extremisten noch vereinen kann, ist die Betonung der Nation doch exklusiv auf der rechten Seite der politischen Landschaft angesiedelt.

Zur Charakterisierung der Gruppierungen der polnischen »neuen« Rechten möchte ich im nächsten Abschnitt programmatische Aussagen der jeweiligen Gruppierung auf die folgenden Schlagwörter und Themen hin untersuchen: Patriotismus, Europa, politische Ordnung, historische Tradition. Allerdings sind die Programme der Parteien unterschiedlich umfangreich, sodass diese Themen nur zum Teil abgedeckt werden können. In der Analyse stütze ich mich vor allem auf Selbstdarstellungen, wenn vorhanden, aber auch auf wissenschaftliche Analysen.

3.1 PiS

Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS = Prawo i Sprawiedliwość) ist im Jahr 2001 als Partei aus den Trümmern der Wahlaktion Solidarität (AWS = Akcja Wyborcza Solidarność) hervorgegangen. Die AWS war im Jahr 1996 der Versuch, mehr als 40 Splittergruppen der Rechten zu vereinigen und in den Sejm zu führen. Zuvor waren im Jahr 1993 aufgrund der 5 %-Klausel mehr als 30 % der politischen Rechten außerhalb des Sejms verblieben, was den zur Demokratischen Linksallianz (SLD = Sojusz Lewicy Demokratycznej) gewandelten Postkommunisten die Regierungsübernahme für die Jahre 1993–1997 erlaubte. Die AWS war unter Ihrem Vorsitzenden Marian Krzaklewski schließlich erfolgreich, zog in den Sejm ein und konnte für die Jahre 1997–2001 in der Person von Jerzy Buzek gar den Ministerpräsidenten stellen. Allerdings waren die Streitigkeiten innerhalb des AWS zu groß und der Schritt zur Parteibildung wollte nicht gelingen (vgl. Kawęcki 2016). Ähnlich wie die Bürgerplattform (PO = Platforma Obywatelska) ging auch PiS aus den Trümmern der AWS hervor und schaffte im Gründungsjahr 2001 auch erstmals den Einzug in den Sejm mit 9,5 % der Stimmen. Nach einer kurzen Regierungszeit in den Jahren 2005–2007 gemeinsam mit der Liga Polnischer Familien (LPR = Liga Polskich Rodzin) und der

populistischen Bauernpartei Selbstverteidigung (Samoobrona) gewann PiS im Jahr 2015 zunächst die Präsidentschaftswahlen mit Andrzej Duda, der im Jahr 2020 wiedergewählt wurde, und im Herbst desselben Jahres auch die Parlamentswahlen mit absoluter Mehrheit der Mandate (vgl. Markowski 2015). Der Vergleich mit Budapest und der Regierung von Fidesz unter Viktor Orbán lag nahe und die Einschätzung der PiS-geführten Regierung als »rechtspopulistisch« (Bachmann 2016: 37) oder »soft authoritarianism« (Randeria 2021; Levitsky/Way 2002) rücken PiS in den Kontext der »neuen« Rechten.

PiS verbindet im umfangreichen Parteiprogramm von 2019 (229 Seiten) den polnischen Patriotismus mit polnischen Traditionen und der katholischen Kirche im Lande. Der Bezug zum polnischen Papst Johannes Paul II. ist auch 14 Jahre nach dessen Tod im Jahr 2005 im Programm des Jahres 2019 überdeutlich. Unter anderem mit Hilfe der EU-Mittel soll Patriotismus als Grundlage der Nation gefördert werden (Program 2019: 13–14). Es wundert daher nicht, dass die sogenannte patriotische und Bürgererziehung (wychowanie patriotyczne i obywatelskie) in die Schulen zurückgekehrt ist. Ein affirmativer Patriotismus wird gefördert, der aber auch als aktive Bürgerhaltung verstanden wird. Fairerweise muss aber auch hinzugefügt werden, dass dies mit Demokratieerziehung verbunden wird. Es soll im Rahmen dieser Erziehung der Übergang vom Kommunismus zur Demokratie gezeigt werden. Dass die Teilungszeit und der Kampf um die Unabhängigkeit zentraler Bestandteil des Programms ist, versteht sich von selbst (Program 2019: 134). An anderer Stelle des Programms ist gar – ohne nähere Erklärungen – von einem reifen Patriotismus (patriotyzm dojrzały) die Rede oder vom nationalen und lokalen Patriotismus (Program 2019: 201, 214). PiS möchte insbesondere auch die Anerkennung und Würdigung der Nationalsymbole verstärken, das heißt Flaggen, Heraldik etc. Insgesamt soll ein stärker affirmativer Patriotismus entstehen, dem eine kritische Auseinandersetzung mit dem Patriotismus der äußersten Rechten fehlt und der damit deren Auffassungen hier die Türen öffnet.

Dazu passen auch Vorstellungen von Europa im Parteiprogramm. Ein Europa der Vaterländer wird von PiS immer wieder hervorgehoben und zugleich damit das in den Verträgen verankerte Prinzip der Subsidiarität (Program 2019: 20). Im Mai 2016 wurde gar mit der Mehrheit von PiS eine Parlamentsresolution angenommen, die die nationale Souveränität des Landes akzentuiert (Uchwała 2016), was mit Blick auf den aus der Mitgliedschaft resultierenden Kompetenztransfer an Brüssel kontrafaktisch ist.

Es ist für PiS vor allem die Heterogenität, die Europa ausmacht. Ein Eurorealismus wird als Gebot der Stunde ausgerufen (Program 2019: 20). Zugleich wird ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten abgelehnt, da dies sowohl Europa wie auch die Position Polens schwächen würde (Program 2019: 184). Auch wenn es im Programm nur an einer Stelle vorkommt, so wird doch von PiS immer wieder vor

der deutschen Dominanz in der EU gewarnt (Unia Europejska zdominowana przez Niemcy) (Program 2019: 172).

PiS bekennt sich in seinem Programm klar zur Demokratie, auch wenn die politische Praxis bisweilen eine andere Sprache spricht. Eines der zentralen Elemente der Demokratie ist die Gewaltenteilung, die von PiS aber sehr elastisch interpretiert wird. Unter Berufung auf Alexis de Tocqueville ist die Rede davon, dass alle Gewalten sich an einem einheitlichen Wertesystem ausrichten sollten und dass der Wille der parlamentarischen Mehrheit hier ausschlaggebend sei, da dieser ja für die Nation stehe (Program 2019: 36–37).

Hinsichtlich der politischen Traditionen knüpft PiS an den Freiheitskampf der polnischen Nation im 19. und 20. Jh. an. Der Freiheitswille wird herausgestrichen und fast als Charaktereigenschaft der Polen angenommen. Im Rahmen einer affirmativen Geschichtspolitik sollen diese Traditionen gepflegt und gestärkt werden. Im 229 Seiten umfassenden Programm kommt der Begriff Tradition 36 Mal vor. Es ist von Freiheitstraditionen, von jüdisch-christlichen Traditionen, von polnischen Traditionen, von politischen Traditionen im Kontext zivilisatorischer Werte die Rede. Bei den politischen Traditionen wird auf den Republikanismus abgestellt, der sich in Form der Adelsdemokratie in Polen über Jahrhunderte entwickelt habe (Program 2019: 12). Übertragen in die Gegenwart verbindet es sich mit einem bürgerlichen Republikanismus, der normativ geprägt ist und keineswegs auf eine rein prozedurale Demokratie im Sinne von Jürgen Habermas abstellt, sondern die politische Gemeinschaft mit einem starken normativen Anspruch in Verbindung setzt. Es ist die nationale Gemeinschaft gestützt auf die Geschichte der Nation und die katholischen Kirche, die Ausdruck eines republikanischen Gefühls ist. Auch die katholische Soziallehre und die gemeinschaftliche Solidarität sind Teil dieses Wertekanons. Schließlich spielt die Überlieferung polnischer Traditionen auch in der Erziehung und im Bildungswesen eine große Rolle (Program 2019: 14, 133).

Abgegrenzt wird sich dabei von einem ökonomischen und politischen Liberalismus. Ersterer wird mit einem Sozialdarwinismus gleichgesetzt, letzterer mit Nihilismus. Als Beispiele für Überzeichnungen dient dabei die sogenannten Gender-Ideologie oder auch der Diskurs um den Schwangerschaftsabbruch (Program 2019: 7, 11, 17, 25–26, 28).

PiS steht somit insgesamt für ein konservatives Gesellschaftsmodell, das offiziell auf der Demokratie basiert. PiS ist damit keine rechtsextreme, das System kontestierende Partei. Allerdings ist die einseitige, unkritische Betonung der nationalen Traditionen Grundlage für fließende Übergänge zu undemokratischen Gruppierungen rechts von PiS. So wird beispielsweise Roman Dmowski, der wichtigste Vertreter der Nationaldemokratie der Zwischenkriegszeit, unkritisch in den nationalen Kanon eingebaut. Beleg dafür ist die 2020 erfolgte Gründung eines Instituts für das Erbe des Nationalgedankens im Namen von Roman Dmowski und Krzysztof Penderecki (Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignace-

go Paderewskiego). Auch der ausschließlich kritische Europadiskurs öffnet die Tore weit für einen Polexit.

3.2 Polska Solidarna/Suwerenna Polska

Die Partei Solidarisches Polen (Polska Solidarna), die sich am 3. Mai 2023 in Souveränes Polen (Suwerenna Polska) umbenannte, gehört der sogenannten Vereinten Rechten an, ist über die Liste von PiS (Vereinte Rechte) im Jahr 2019 mit 18 Abgeordneten in den Sejm eingezogen und auch in der Regierung vertreten. Ihr Vorsitzender ist der Justizminister Zbigniew Ziobro, der dereinst im Streit aus PiS ausgetreten ist. Seine eigene Partei hat er 2012 gegründet (vgl. Wicherek 2018).

Ein eigentliches Programm der Partei ist im Netz nicht zu finden. Betont werden in Äußerungen der Mitglieder aber eine pro-Familienpolitik und christliche Werte. Die Demokratie wird nicht abgelehnt, aber die Partei spricht sich für einen starken Umbau des politischen Systems in Richtung eines Präsidialsystems aus. Die zweite Kammer, der Senat, soll abgeschafft werden. Auch die Immunität und damit das unabhängige Mandat sollen aufgehoben werden. Zudem spricht man sich für eine gemischte Wahlordnung, zum Teil mit reinen Mehrheitswahlkreisen aus. Referenden und Elemente der direkten Demokratie sollen gestärkt werden. Außenpolitisch dominiert eine stark EU-kritische Haltung. Die Souveränität des Nationalstaates ist das oberste Gut (siehe die Änderung des Parteinamens) und die Bereitschaft, beispielsweise in der Auseinandersetzung um Rechtsstaatlichkeit nachzugeben, ist ausgesprochen gering (Obacz 2017: 173²).

3.3 Konfederacja (Konföderation)

Die Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość) ist die wohl interessanteste Partei der extremen Rechten. Sie wurde erst am 6. Dezember 2018 als Zusammenschluss zuvor existierender Gruppierungen gegründet und konnte bei den Parlamentswahlen im Jahr 2019 6,8 % der Stimmen erringen und mit 11 Abgeordneten in den Sejm einziehen. In aktuellen Umfragen vom Juli 2023 lag die Partei vor den Parlamentswahlen im Herbst 2023 bei ca. 15 %, konnte dann aber bei den Parlamentswahlen am 15. Oktober 2023 nur 7,2% bzw. 18 Mandate gewinnen. Die Parteien, die diesen Zusammenschluss gegründet haben, sind: Ruch Narodowy (Nationalbewegung), Korwin, Wolnościowcy (Die Freiheitlichen), die Partei der Autofahrer und die Konföderation der Krone Polens (Konfederacja Korony Polskiej). Daraus wird bereits ersichtlich, wie bunt dieser Zusammenschluss ist, der insbesondere – dank einer guten medialen Kampagne – von jungen Menschen gewählt wurde. Das Programm der Konföderation ist eher eine lose Abspra-

2 <https://solidarna.org/dokumenty-do-pobrania/>

che für Steuererleichterungen, Bildungsgutscheine, Gesundheit etc. und kann hier bei Seite gelassen werden. Die Programme der Mitgliederparteien, die formal weiter bestehen, sind sehr viel aussagekräftiger und von diesen sollen daher drei näher vorgestellt werden.

3.3.1 Nationalbewegung (RN = Ruch Narodowy)

Der harte Kern der Konföderation ist die Nationalbewegung um ihren Führer Robert Winnicki. Die Bewegung zog zunächst auf der Liste von Kukiz 15 im Jahr 2015 mit mehreren Abgeordneten in den Sejm ein, schloss sich dann aber mit den genannten Parteien zur Konföderation zusammen (Szwed-Walczak 2017). Die Nationalbewegung ist der momentan wichtigste ideologische Kern der äußersten Rechten in Polen. Ihr Vorsitzender Robert Winnicki war von 2009 bis 2013 Vorsitzender der Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska), die am 2. Dezember 1989 wieder gegründet wurde und an den Studentenverband gleichen Namens anknüpft, der in der Zwischenkriegszeit existierte und vor allem Roman Dmowski als Leitfigur benennt. Die Allpolnische Jugend ist klar nationalistisch und hat sich nie vom Nationalismus und Antisemitismus der Zwischenkriegszeit distanziert. Seit einigen Jahren ist sie beim Unabhängigkeitsmarsch in Warschau, der als die größte Versammlung von Rechtsradikalen in Europa gilt (Bartoszewicz 2019), sehr präsent.

Die RN ist weltanschaulich stramm rechts. In Verfassungsthesen, die vom Wahlkomitee von Krzysztof Bosak, dem Kandidaten des RN für das Präsidentenamt 2020, unter dem Titel *Nowy Porządek* (Neue Ordnung) herausgegeben wurden, spricht sich die Partei für den Umbau des Staates zu einer modernen Republik aus. Die Nation müsse Grundlage der Macht sein. Die Position des Präsidenten wie des Premiers sollen gestärkt werden auf Kosten der parlamentarischen Macht, die aber auch verbesserte Kontrollmöglichkeiten erhalten soll. Das Amt des Präsidenten soll auf sieben Jahre verlängert werden, dem Ministerpräsidenten die Möglichkeit eines Vetos gegen Parlamentsgesetze eingeräumt werden. Der Senat soll in eine Kammer der Selbstverwaltungseinheiten umgebaut werden. Für das Wahlsystem ist eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl vorgesehen. Ähnlich wie die Partei *Polska Solidarna/Suwerenna Polska* schlägt der RN eine Reduzierung der Anzahl der Abgeordneten von 460 auf 230 vor. In der Außenpolitik spricht sich der RN für eine starke Vertretung des polnischen Staatsinteresses in der EU aus. Normativ wird ein christlicher Staat gefordert, was jegliche andere Formen der Partnerschaft als die Ehe ausschließt (Komitet Wyborczy 2020).

Im Programm des RN wird ein starker Nationalstaat herausgestrichen und insgesamt ein extrem konservatives normatives Programm herausgearbeitet. Der RN spricht sich für die Wiedereinführung der Todesstrafe, für Zwangsarbeit, für Militärausbildung in den Mittelschulen etc. aus. Das, was in den Verfassungsthesen noch relativ harmlos daherkommt, wird hier deutlich in einem institutionellen und

normativen Umbau des Staates einschließlich einer fortschreitenden Militarisierung (Program Ruchu Narodowego 2016: 10, 12, 14).

Dass sich die Partei angesichts dieses Wertesets kategorisch gegen muslimische Einwanderung und gegen entsprechende Entscheidungen der EU in Richtung Relokation ausspricht, dürfte klar sein. Auch wird eine stärkere Kontrolle der ukrainischen Einwanderung befürwortet (Program Ruchu Narodowego 2016: 18–20).

In den historischen Traditionen wendet sich der RN, in den Spuren von Dmowski, von romantischen Vorstellungen der Ersten Republik vor den Teilungen als Konföderation ostmitteleuropäischer Nationen ab und setzt ganz auf das gesunde Nationalinteresse. Polen müsse mit den starken Staaten solide Beziehungen aufbauen. Dazu gehört auch Russland. Trotz der historischen Erfahrungen solle Russland damit nicht anders als die Ukraine behandelt werden. Schließlich spricht man sich auch deutlich für einen Austritt aus der EU aus, da diese nicht mehr zu ändern sei und zu zentralistisch agiere (Program Ruchu Narodowego 2016: 22, 24, 31).

3.3.2 Konfederacja Korony Polskiej (KKP)

Die KKP wird von Grzegorz Braun dominiert, einem Politiker und Filmregisseur, der immer wieder durch extreme Positionen aufgefallen ist. Er und damit seine Partei spricht sich gegen die gegenwärtige Verfassung, für die Wiedereinführung einer Monarchie und ein klares Mehrheitswahlrecht für Sejm und Senat aus. Der Staat soll sich auf minimale Aufgaben beschränken. In weltanschaulichen Fragen ist er für ein völliges Verbot der Abtreibung und die komplette Umsetzung der Lehre der katholischen Kirche im Lande. Die Ansichten Brauns und seiner Partei schwanken häufig, sind aber konservativ-monarchistisch und extrem katholisch. Mehrfach schlug Braun vor, Jesus zum König Polens zu krönen. Auch ist Braun Anhänger von unterschiedlichen Verschwörungstheorien und leugnet die Existenz von Covid (Program Konfederacji Korony Polskiej 2022: 9, 15, 19, 39–41).

3.3.3 Korwin

Auch Janusz Korwin-Mikke ist ähnlich wie Grzegorz Braun ein Irrlicht der politischen Landschaft Polens. Seit Jahren ist er in der politischen Landschaft vertreten, zwischenzeitlich gar im Europäischen Parlament. Programmatisch betont er vor allen Dingen Freiheit, Eigentum und Gerechtigkeit. Seine ideelle Erklärung ist aber mehr als dünn. Es ist eine Ein-Mann-Partei und der Leader unterstreicht neoliberale Ansichten. Im Gegensatz zum RN möchte er einen Nachtwächterstaat (Chwede-zuk-Szulc/Zaremba 2015).

3.4 ONR – Obóz Narodowo-Radykalny (National-radikales Lager)

Das ONR ist eine Anknüpfung an die Organisation gleichen Namens in der Zwischenkriegszeit und damit an eine klar faschistische Organisation. Sie wurde 1993

wieder gegründet und verwendet die gleiche Symbolik wie die 1934 gegründete Organisation. Dabei handelt es sich um eine graphisch dargestellte weiße Hand, die vor grünem Hintergrund ein Schwert hält, die Falange, die an die faschistische Organisation in Spanien der Jahre 1933–1937 anknüpft.

Programmatisch wird alles auf einen starken polnischen Nationalstaat ausgerichtet, der katholisch ist und sein Erbe im Osten nicht vergisst. Außenpolitisch wird eine Föderation der ostmitteleuropäischen Staaten angestrebt. Die Gruppierung versteht sich als Bewegung, die in Brigaden organisiert ist (Nowa Deklaracja Ideowa: o.J.). Ähnlich wie der RN sind die Gruppierungen zum Teil paramilitärisch, marschieren mit Fahnen und in einer Art Uniform, sie haben aber keine Parlamentsvertretung. Ihre Anzahl wird auf mindestens 2.000 geschätzt, es dürften aber erheblich mehr sein. Sie sprechen insbesondere Jugendliche mit Aktionen, Sommercamps etc. an. Vorsitzender ist gegenwärtig Adrian Kaczmarkiewicz.

3.5 Allpolnische Jugend (MW = Młodzież Wszechpolska)

Auch die Allpolnische Jugend wurde nach 1989 neu gegründet, und zwar von Roman Giertych, einem Juristen, der in der ersten PiS-Regierung zwischen 2005–2007 auch Bildungsminister und stellvertretender Ministerpräsident war und zugleich Vorsitzender des Koalitionspartners Liga Polnischer Familien (LPR). Giertych ist ein Enkel von Jędrzej Giertych, einem Mitarbeiter von Roman Dmowski. Roman Giertych selber deklariert seit einigen Jahren seine Nähe zur oppositionellen Bürgerplattform (PO). Die MW setzt auf eine katholisch-nationale Doktrin. Über Aktionen, Demos und das daraus resultierende Gemeinschaftserlebnis wird versucht, junge Leute zu gewinnen. Auch im schulischen Umfeld ist die Organisation sehr aktiv. Programmatisch zentral ist der Bezug zu Roman Dmowski, dem Führer der Nationaldemokratie der Zwischenkriegszeit (Deklaracja ideowa i statut 1989; Bartoszewicz 2019).

3.6 Nationale Wiedergeburt Polens (NOP = Narodowe Odrodzenie Polski)

Die Nationale Wiedergeburt Polens wurde bereits 1981 gegründet und ist damit die älteste, ununterbrochen funktionierende rechtsextreme Gruppierung in Polen. Das Programm sieht den Austritt aus EU und NATO vor, fordert die Nationalisierung von Schlüsselindustrien, steht für katholische Werte und auch für Antisemitismus. Die Politik Israels und der USA im Nahen Osten wird kritisiert. Die NOP strebt eine nationale Revolution an. Sie ist mit der Skinhead-Szene in Polen wohl am aktivsten verknüpft. Ferner setzt sie auf traditionelle Werte wie Familie und Religion, ist strikt antidemokratisch und sehr gut organisiert. Insbesondere an nationalen Feiertagen wie dem Unabhängigkeitstag am 11. November ist sie aktiv und scheint auch international gut vernetzt zu sein. Auch die NOP knüpft an Dmowski an und greift eben-

falls wie die ONR auf das Symbol der Falange zurück (Zasady programowe NOP: o.J.; Dawidowicz 2014).

4 Der Unabhängigkeitsmarsch

Der polnische Unabhängigkeitstag am 11. November wird seit Jahren von rechten Gruppierungen für Aufmärsche und unterschiedliche nationale Bekenntnisse genutzt. Staatlicherseits war dies stets Gelegenheit für kurze Ansprachen und eine Kranzniederlegung am Grabmal des unbekannten Soldaten auf dem Marschall Józef Piłsudski-Platz im Herzen Warschaus. Seit einigen Jahren ist es aber zu einer Diskursverschiebung in Polen gekommen. Nationale Themen, das Hervorheben von Patriotismus und nationaler Symbolik sind populär und sicherlich hat PiS mit seiner affirmativen Geschichtspolitik, die sich in Reden von Politikern, neuen Museen und einer Vielzahl mit staatlichen Mitteln produzierten historischen Filmen äußert, dazu beigetragen (Garsztecki 2021). Hinzu kam der staatlicherseits mit viel Pomp begangene 100. Jahrestag der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit am 11. November 2018.

Die Zahl der Teilnehmer an diesem Unabhängigkeitsmarsch hat sich von einigen Hundert Vertretern unterschiedlicher rechter und rechtsextremer Gruppen auf einige Zehntausend Teilnehmer erhöht. Im Jahr 2018 nahmen geschätzt 250.000 Menschen am Marsch teil, der traditionell am Roman Dmowski-Rondo im Zentrum startet, und auch in den Folgejahren ging die Teilnehmerzahl in die Zehntausende. Angesichts der steigenden Teilnehmerzahlen war es nötig, den Marsch umfangreich zu organisieren. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2011 der Verein Unabhängigkeitsmarsch (Stowarzyszenie Marsz Niepodległości) von Robert Bąkiewicz, der bis 2018 dem ONR angehörte, gegründet. Mittlerweile baut er seine eigene Organisation auf und plant, auch eine Art Nationalgarde (Straż Narodowa) aufzubauen (Garsztecki 2022).

Alle oben genannten Gruppen und Parteien nutzen den Unabhängigkeitsmarsch für eigene Ziele, werben um Mitglieder, treten in Aktion und versuchen ihre Vorstellung von Polen zu propagieren. Seitens des organisierenden Vereins Unabhängigkeitsmarsch steht dieser jedes Jahr unter einem anderen Motto. Im Jahr 2018 war dies »Bóg, Honor, Ojczyzna« (Gott, Ehre, Vaterland), im Jahr 2020 »Nasza cywilizacja, nasze zasady« (Unsere Zivilisation, unsere Regeln). Interessant ist, dass auch PiS danach trachtet, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Im Jahr 2018 übernahm Staatspräsident Andrzej Duda die Schirmherrschaft über den Marsch und marschierte an der Spitze mit anderen Spitzenpolitikern mit.³ Angesichts der Gegenproteste aus dem linken und dem Antifa-Milieus sowie mit Blick auf zum Teil

3 <https://marszniepodleglosci.pl/historia/>

rechtsextreme Gruppen wurde das von Teilen der Medien in Polen kritisch gesehen (Garsztecki 2022). Die in westlichen Medien anzutreffende Charakterisierung von Zehntausenden von Faschisten, die durch Warschau ziehen, ist allerdings nach eigenen Beobachtungen beim Marsch des Jahres 2019 sicherlich eine Übertreibung. Anzutreffen waren im Jahr 2019, an dem laut Organisatoren ca. 150.000 Menschen teilnahmen, auch extreme Gruppierungen, aber sie stellten nur einen kleinen Teil der Teilnehmer dar. Es waren vor allem patriotisch gesinnte Menschen, deren gemeinsame Klammer die Vaterlandsliebe und ein konservatives, katholisches Weltbild gewesen sein dürften. Hinzu kommt die Überzeugung, dass diese ihre Welt gefährdet ist und verteidigt werden muss.

5 Konservatismus, Rechtspopulismus und »neue« Rechte

Die aktuelle Regierungspartei PiS wird seitens der EU-Kommission aufgrund ihrer Justizreform kritisiert, da diese in den Augen von Brüssel die Unabhängigkeit der Justiz und damit die Gewaltenteilung gefährdet. Weniger im Fokus stehen dabei die Haltung gegenüber den Prinzipien der liberalen Demokratie und die Geschichtspolitik von PiS (Garsztecki 2020).

Gerade in diesen Punkten ist aber die inhaltliche Nähe der unterschiedlichen Parteien und Gruppierungen der rechten Szene offensichtlich. PiS, die Partei Solidarisches Polen/Souveränes Polen wie auch die Parteien der Nationalbewegung (RN), das National-radikale Lager, die Allpolnische Jugend und die Nationale Wiedergeburt Polens (NOP) lehnen die westliche liberale Demokratie ab, die sie mit Dekadenz, Werteverfall und Identitätspolitik gleichsetzen. Dass es sich dabei nur um ein Zerrbild westlicher Diskurse und Realitäten handelt, liegt auf der Hand. Diesem negativen Bezugspunkt werden eine affirmative Geschichtspolitik und eine nationale Gemeinschaft gegenübergestellt, die Polen gleichsam vor den Gefährdungen der westlichen späten Moderne schützen sollen. Diese nationale Gemeinschaft ist im polnischen Fall zudem christlich, was die Aufnahme von Flüchtlingen aus muslimischen Weltregionen nahezu ausschließt.

Das von PiS vertretene christlich-konservative Weltbild gehört sicherlich ins demokratische Spektrum und PiS selber ist meines Erachtens nicht als Teil einer »neuen« Rechten einzuschätzen. Allerdings ist der politische Stil von PiS oft rechtspopulistisch. Die Geringschätzung der liberalen Demokratie des Westens und eine affirmative Geschichtspolitik – und hier insbesondere die unkritische Rezeption der Person von Roman Dmowski – verwischen zudem die Grenzen zu rechten Gruppierungen. Während PiS und die Partei Solidarisches Polen/Souveränes Polen trotz ihrer mit Recht kritisierten Justizreform oder ihrer Instrumentalisierung der Staatsmedien noch auf dem Boden der Demokratie stehen (Freedom House 2023: 3), sind die anderen skizzierten Parteien einer »neuen« Rechten in Polen zuzurechnen.

nen. Paramilitärisches Erscheinen, eine kritiklose Haltung zur Vergangenheit, die Verwendung überkommener rechtsradikaler Symbole, die Einstellung zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Minderheiten und eine hohe Gewaltbereitschaft in Teilen der Anhängerschaft und auch ihrer Funktionäre unterstreichen, dass es sich bei der Konföderation, der Allpolnischen Jugend oder dem National-radikalen Lager nicht um Spielarten eines demokratischen Konservatismus handelt.

PiS hat zur Verschiebung des Diskurses in Polen in erheblichen Umfang beigetragen, da eine scharfe Abgrenzung von den Parteien und Gruppierungen der »neuen« Rechten bis heute unterblieben ist. Dies könnte sich nach den Parlamentswahlen im Herbst 2023 als großer Fehler herausstellen, falls beispielsweise die Konföderation ihren Stimmenanteil deutlich vergrößern sollte. Auch in Polen scheint noch eine kluge Strategie für die Auseinandersetzung mit der »neuen« Rechten zu fehlen. Ein kritischer Umgang mit der eigenen Geschichte, politische Bildung statt Patriotismusunterricht und eine klare Abgrenzung nach rechts wären auch hier ein guter Anfang.

Literatur

- »Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 20 maja 2016 r. w sprawie obrony suwerenności Rzeczypospolitej Polskiej i praw jej obywateli«, in: *Monitor Polski* 2016, poz. 466.
- Bachmann, Klaus (2016): »Rebellen ohne Grund. Ursachen und Folgen des Wahlsieges der PiS«, in: *Osteuropa*, 66 Jg., Nr. 1–2, S. 37–60.
- Bartoszewicz, Weronika (2019): »Nacjonalizm na przykładzie Młodzieży Wszechpolskiej«, in: *The Polish Bulletin of Criminology*, Nr. 26, S. 161–175.
- Chwedczuk-Szulc, Karol; Zaremba, Mateusz (2015): »Janusz Korwin-Mikke and the Rest: The Polish Eurosceptic Right Wing«, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, Nr. 2, S. 121–134.
- Daubuis, Geoffroy (2007): »La Nouvelle Droite, ses pompes et ses œuvres D'Europe Action (1963) à la NRH (2002)«, in: *Le sel de la terre*, Nr. 60, S. 87–132.
- Dawidowicz, Aneta (2014): »Narodowe Odrodzenie Polski. Oblicze ideowe nacjonalistycznej partii politycznej«, in: *Polityka i Społeczeństwo*, Nr. 3 (12), S. 58–69.
- Deklaracja Ideowa (1989), <https://mw.org.pl/idea-i-statut/> vom 15.07.2023.
- Freedom House (2023): *Nations in Transit 2023. War deepens a Regional Divide*, <https://freedomhouse.org/report/nations-transit/2023/war-deepens-regional-divide> vom 16.07.2023.
- Fuchs, Christian; Middelhoff, Paul (2019): *Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Hamburg: Rowohlt Polaris.

- Program Ruchu Narodowego (2016): Suwerenny naród w XXI wieku, Warszawa, <https://ruch-narodowy.pl/wp-content/uploads/2021/05/Program-Ruchu-Narodowego.pdf> vom 14.07.2023.
- Randeria, Shalini (2021): »Soft Authoritarianism. A new form of rule is emerging gradually, observes scholar Shalina Randeria«, in: up2date. Online Magazine University of Bremen 09/21, <https://up2date.uni-bremen.de/en/research/soft-authoritarianism> vom 13.07.2023.
- Repucci, Sarah; Slipowitz, Amy (2022): »The Global Expansion of Authoritarian Rule«, in: Freedom House. Freedom in the World 2022, <https://freedomhouse.org/report/freedom-world> vom 09.07.2023.
- Rippl, Susanne; Seipel, Christian (2022): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Erscheinung, Erklärung, empirische Ergebnisse, Stuttgart: Kohlhammer.
- Rudnicki, Szymon (1985): Obóz Narodowo Radykalny. Geneza i działalność, Warszawa.
- Szwed-Walczak, Anna (2017): »Partia Ruch Narodowy – historia organizacji politycznej«, in: Katarzyna Walecka; Kinga Wojtas (Hg.): Nowe partie i ruchy polityczne. Praktyka i idee współczesnych demokracji, Warschau: UKSW, S. 159–178.
- Wapiński, Roman (1997): Historia polskiej myśli politycznej XIX i XX wieku, Danzig: Arche.
- Wicherek, Damian (2018): »Powstanie, program i działalność partii politycznej Solidarna Polska (2011–2012)«, in: Prawo i Polityka, Nr. 8, S. 116–132.
- Zasady Programowe NOP (o.J.), <https://www.nop.org.pl/zasady-programowe/> vom 15.07.2023.

